

VORWORT

Statt Finanzkrach und Kriegsgefahr: Entwicklung der Welt!

HELGA ZEPP-LAROUCHE

Wir haben für diese ersten Monate des Jahres 2012 vor allem zwei fundamentale Probleme zu lösen, wenn die Menschheit in irgendeiner Form fortexistieren soll, die diesen Namen verdient. Das transatlantische Finanzsystem steht vor der unmittelbaren Desintegration - die sich dramatisch zuspitzende Euro-Krise ist davon nur der regionale Ausdruck. In direktem Zusammenhang mit diesem Finanzkollaps sind wir außerdem mit einer akuten Kriegsgefahr konfrontiert, in der Militäroperationen gegen Syrien und den Iran kurzfristig zu einem globalen thermonuklearen Krieg führen können. Für beide Probleme gibt es Lösungen, aber sie erfordern einen dramatischen Kurswechsel.

Das offensichtliche Problem besteht darin, daß die Welt zwar für jeden Bürger erkennbar mit einer Riesengeschwindigkeit auf eine Katastrophe zusteuert, daß die Regierungen der westlichen Welt sich bislang aber als absolut unfähig erwiesen haben, aus einer Dynamik auszuscheren, die augenscheinlich nicht von ihnen kontrolliert wird. Viereinhalb Jahre (!) nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise im Juli 2007 haben diese Regierungen es nicht geschafft, die Deregulierung der Finanzmärkte, die zu der gegenwärtigen Krise geführt hat, wieder rückgängig zu machen. Und obwohl jedermann das absolute Scheitern der Kriege gegen den Irak, Afghanistan und Libyen sehen kann, die diese Länder in einen dramatisch viel schlechteren Zustand zurückversetzt haben, stellen die gleichen Regierungen die Fortführung dieses imperialen Feldzuges gegen Syrien und den Iran keineswegs in Frage - zumindest nicht öffentlich oder in einer wirksamen Weise -, obwohl sie mit Sicherheit wissen müssen, daß damit der thermonukleare Dritte Weltkrieg gegen Rußland und China auf der Tagesordnung steht.

In den USA hat sich Präsident Obama, für die, die sich hatten täuschen lassen, als die größte Enttäuschung überhaupt herausgestellt. Inzwischen hat der absolut größte Teil seiner früheren Anhänger erkannt, daß Lyndon LaRouche mit seiner Einschätzung vom April 2009, Obama habe das Psychoprofil eines Kaiser Nero und eines extremen Narzißten, Recht behalten hat. In der Tat hat er alle seine Wahlversprechen von 2008 gebrochen und führt jetzt die Politik von Bush und Cheney in gesteigerter Form fort. Die Chicago Tribune kommentierte diese ernüchternde Erkenntnis kürzlich in der Form eines Cartoons, in dem Obama in seinen Badezimmerspiegel schaut, und ihm ein höhnisch lächelnder Cheney zurückgrinst.

Die Welt und die Amerikaner selbst haben sich derzeit noch nicht von dem Schock erholt, daß Obama am 31. Dezember 2011 mit der Unterzeichnung des National Defense Authorisation Act (NDAA) ein Gesetz unterzeichnet hat, das nur mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu vergleichen ist. Es sieht unter anderem die gezielte Tötung von Personen, die unbegrenzte Inhaftierung ohne Anklage und ohne rechtlichen Beistand oder Gerichtsverfahren vor, sowie die Verschleppung an unbekannte Orte - auch von amerikanischen Staatsbürgern. Dieses Gesetz bedeutet faktisch die Aufhebung der an sich unveräußerlichen Grundrechte der amerikanischen Verfassung, der so genannten Bill of Rights. Verankert in Art. 39 der Magna Charta, ist aber gerade das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren eine Grundfeste der Zivilisation und das wichtigste Konzept in der Menschheitsgeschichte. Das NDAA bedeutet, wenn es dabei bleiben sollte, nichts weniger als einen Coup gegen die amerikanische Verfassung, das vollständige Rückgängigmachen der amerikanischen Revolution.

Der Erlaß dieses Gesetzes ist nur der jüngste Schritt in einer langen Reihe von Verfassungsbrüchen, die Obama begangen hat, vom Übergehen des Kongresses bei der von der Verfassung vorgesehenen Zustimmung zum Krieg gegen Libyen, zahlreichen Präsidentschaftsdekretten unter Umgehung des Kongresses, bis zu Ernennungen von Amtsträgern, für die nach der Verfassung der Kongreß zuständig ist. Jeder einzelne dieser Verfassungsbrüche reicht eigentlich aus, um ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten. Lyndon LaRouche hat frühzeitig betont, daß in dieser Amtsenthebung Präsident Obamas die einzige Chance liegt, die rapide Eskalation zum Dritten Weltkrieg zu stoppen.

Derzeit laufen die Vorbereitungen für diesen Krieg auf Hochtouren: eine überproportionale Konzentration von Marinestreitkräften versammelt sich im Indischen Ozean, im Persischen Golf und dem östlichen Mittelmeer. Drei amerikanische Flugzeugträger, zusammen mit Flottenverbänden von Zerstörern und Fregatten, ausgerüstet mit zahlreichen Kampfflugzeugen, Marschflugkörpern, Drohnen etc., führen insgesamt ein Arsenal an nuklearen Sprengköpfen mit sich, das in keinem Größenverhältnis zu Militärschlägen gegen Syrien und den Iran steht, sondern ausreicht, den größeren Teil der Menschheit auszulöschen.



UN-Sondersitzung zur Lage in Syrien mit US-Präsident Barack Obama und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy. Links im Bild ist Obamas UN-Botschafterin Susan Rice, rechts am Tisch Außenministerin Hillary Clinton

Der russische Flugzeugträger Admiral Kusnezow hat ebenfalls Fahrt auf das östliche Mittelmeer aufgenommen, und mehrere russische Kriegsschiffe sind in dem syrischen Hafen Tartus vor Anker gegangen, als deutliches Signal, daß Rußland einem militärischen Angriff auf Syrien nicht tatenlos zusehen wird., und die iranische Marine hält eine Reihe von Manövern im Indischen Ozean und der Straße von Hormus ab.

Das Szenario für eine Militärintervention in Syrien existiert längst. Die Obama-Administration hat eine geheime Kommission eingerichtet, die „Optionen“ für die Unterstützung der syrischen Opposition vorbereitet. Bezeichnenderweise benutzt der Syrische Nationalrat, die von London aus operierende „Opposition“, den gleichen Text für ihren Aufruf zu einer ausländischen militärischen Intervention in Syrien, wie das Papier der Londoner Henry Jacksons Society (HJS), das offen eine Intervention in Syrien propagiert. In dieser Henry Jacksons Society wirken neben solchen bekannten amerikanischen Neocons wie James Woolsey, Richard Perle und William Kristol auch der neue US-Botschafter für Moskau, Michael McFaul, der seit über 20 Jahren zu den Kreisen des anglo-amerikanischen Project Democracy gehört, das für die diversen „orangenen“, „Rosen“- und „Frühlings“-Revolutionen verantwortlich ist und jetzt zu einer „weißen“ oder „Schnee-Revolution“ gegen Rußland und die künftige Putin-Regierung anstachelt. Die Ernennung McFauls, der deshalb für Moskau eine bekannte Größe ist, kann nur als bewußte Provokation gedeutet werden.

So wie es jetzt aussieht, ist ein Krieg gegen den Iran für dieses Jahr fest in der Planung derselben Kräfte, die hinter dem Irakkrieg gestanden haben, der ja erwiesenermaßen auf den Lügen-Memoranden des MI5 und Tony Blairs aufgebaut war. Der ehemalige Außenminister Colin Powell bezeichnet inzwischen seine Rede vom 5. Februar 2003 vor der UN, die auf diesem MI5-Memorandum basierte und in der er den Krieg gegen den Irak begründete, den größten Fehler seines Lebens. Nach demselben Schema F produzierte die Internationale Atomenergiebehörde IAEA inzwischen einen Bericht, wonach das militärische Atomprogramm des Iran sehr weit fortgeschritten sein soll. Hans Blix, ehemaliger Chef der IAEA, die iranische Regierung selbst, russische Experten und diverse Fachleute bestreiten dies vehement.

Der ehemalige Nahostberater der Regierung Obama, Dennis Ross, erklärte soeben in einem Interview gegenüber Bloomberg, Obama sei entschlossen, Krieg gegen den Iran zu führen, „falls die Sanktionen und Verhandlungen scheitern“. Die Administration betrachte die Gefahr eines nuklear bewaffneten Irans als größer als das Risiko einer militärischen Aktion. Wenn dann am gleichen Tag der vierte iranische Atomwissenschaftler, Mostafa Ahmadi Roshan, der in der Atom-Anreicherungsanlage in Natanz arbeitete, von einem vorbeifahrenden Motorradfahrer mit einer Magnet-



US-Präsident Barack Obama und die australische Premierministerin Julia Gillard vereinbarten die Schaffung eines großen Truppenstützpunktes der USA in Australien - Teil einer Einkreisungsstrategie gegen China und Rußland.

Autobombe getötet wird, dann ist das Klima für Verhandlungen natürlich vergiftet. Die iranische Regierung machte umgehend die USA und Israel für diesen Anschlag verantwortlich.

Verschiedene Aussagen von offiziellen Vertretern der russischen und der chinesischen Regierung lassen keinen Zweifel daran, daß sie einen Militärschlag gegen den Iran nicht akzeptieren werden. Zahlreiche Nahost-Experten, hochrangige Militärs im Ruhestand und Völkerrechtler aus Europa und den USA haben nicht nur davor gewarnt, daß ein Militärschlag gegen den Iran den Dritten Weltkrieg bedeutet, sondern auch darauf hingewiesen, daß schon das Androhen eines Militärschlags die UN-Charta verletzt und nach dem Kellogg-Briand-Friedensabkommen von 1928 ein Verbrechen gegen den Frieden darstellt.

Sowohl Rußland wie China sehen sich zunehmend von der Strategie der USA, Großbritanniens und der NATO eingekreist. Dazu gehört das europäische Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien, das von Obama entgegen seiner Wahlversprechen voll im Sinne von Bush und Cheney weiter installiert wird und von dem der russische Generalstabschef Makarow gewarnt hat, daß seine Fortführung zu einem regionalen Atomkrieg in Zentraleuropa führen könnte. Präsident Medwedjew beantwortete dies mit der Aktivierung des Raketenabwehr-Radarsystems in Kaliningrad, weil Rußland sein strategisches Atompotential durch das europäische Raketenabwehrsystem bedroht sieht.

Die russische Zeitung *Nesavissimaja Gaseta* kommentierte bereits am 23. Dezember in ihrer Militärbeilage die Tatsache, daß Obama mit dem Konzept des „prompten globalen Schlags“ die Strategie des präventiven Atomkrieges von Bush und Cheney fortführt. Als Reaktion

auf die Stärkung amerikanischer Militärinteressen in Asien im Kontext der Asienreise Obamas im vergangenen November verurteilte die chinesische Volksbefreiungsarmee Obamas Politik, „China einzukreisen“, und gab die Schaffung eines neuen Ressorts für strategische Planung bekannt. China werde notfalls seine Interessen auch militärisch verteidigen, verlautete es.

Auch wenn die unmittelbare Kriegsgefahr sich auf Syrien und den Iran konzentriert, in Wirklichkeit geht es um Rußland und China. Der Grund ist der gleiche wie die Dynamik vor dem Ersten Weltkrieg: Damals fühlte sich das britische Empire in seinem Interesse der Beherrschung der Seefahrt bedroht durch die

Entwicklung auf dem Kontinent, als damals durch den Ausbau der Infrastruktur der transsibirischen Eisenbahn und der geplanten Bahn von Berlin nach Bagdad plötzlich die Landwege interessanter wurden.

Damals entstand die Doktrin der Geopolitik von solchen verrückten Politikern wie Mackinder, Milner usw. Diese Doktrin lautete: wer das eurasische Herzland kontrolliert, der kontrolliert den Planeten, und dann kommen die transatlantischen Randländer ins Hintertreffen. Diese Doktrin führte zu den Manipulationen auf dem geopolitischen Schachbrett, auf dem dann die Schüsse von Sarajewo nur noch der Auslöser des Krieges waren.

Heute ist die Situation vergleichbar. China und Indien entwickeln sich zu Wirtschafts-Supermächten, Rußland wird dies unter der zukünftigen Präsidentschaft von Wladimir Putin ebenfalls tun, während die transatlantische Region, die Eurozone und die USA vor dem Kollaps stehen. Wenn man die gesamte strategische Entwicklung und die militärische Aufstellung der USA, Großbritanniens und der NATO betrachtet, dann wird deutlich, daß sie den Szenarien der modernen Geopolitiker Bernhard Lewis, Samuel Huntington und Zbigniew Brzezinski folgen. Diese Politik hat mit dem Ersten Weltkrieg zu der sinnlosen Auslöschung von zehn Millionen Menschenleben geführt und eine Dynamik in Gang gesetzt, die innerhalb weniger Jahre zum Zweiten Weltkrieg führte. Der Dritte Weltkrieg wäre seiner Natur nach ein thermometernuklearer Krieg und könnte zur Vernichtung der gesamten Menschheit führen. Um diesen Krieg zu verhindern, hat Lyndon LaRouche seit Ende Oktober zu einer weltweiten Mobilisierung aufgerufen.

Die Kriegsgefahr kann aber nur dann endgültig beendet werden, wenn der Grund für diese Dynamik behoben wird: die Zusammenbruchskrise des Finanzsystems der transatlantischen Region muß überwunden werden. Diese Lösung kann kurzfristig nur von souveränen Regierungen der europäischen Staaten kommen. Nur sie können in dieser Krise den Menschen das Vertrauen geben, daß es eine Lösung gibt. Wiederholte Berichte, die von der britischen Regierung kommen, daß im Falle eines Eurokollapses die britischen Bürger vom Kontinent evakuiert werden, sind zynisch und tragen nur zur allgemeinen Verunsicherung bei. Und wenn die EU-Kommission Europa nun auf eine 15 Jahre lange Rezession vorbereitet, wie der belgische Minister Paul Magnette gegenüber der Zeitung *La Libre Belgique* hervorhob, dann unterstreicht dies nur die Inkompetenz dieser Institution.

Die Lösung

Die Regierungen müssen den Menschen das Vertrauen geben, daß es eine Lösung gibt. Am Anfang muß die Zusage an die Bevölkerung stehen, daß das Gemeinwohl an erster Stelle steht, daß die Einkommen, Renten, Lebensersparnisse, und nicht Banken und Spekulanten priorisiert werden.

Deshalb muß der geordnete Austritt aus dem Euro und die Einführung einer neuen DM, sowie die Aufkündigung der EU-Verträge von Maastricht bis Lissabon verbunden sein mit der Einführung des Trennbankensystems in der Tradition des Glass-Steagall-Gesetzes von Franklin D. Roosevelt. In den dreißiger Jahren hat er mit diesem Trennbankensystem Amerika aus der Depression geführt.

Was wir heute wieder brauchen, ist die strikte Trennung von Geschäftsbanken, Sparkassen, Raiffeisenbanken auf der einen Seite, deren Einlagen und Titel unter staatlichen Schutz gestellt und die vollständig gerettet werden müssen, von dem Teil des Bankenwesens, der mit der Casinowirtschaft, d.h. den Investmentbanken, Hedgefonds, privaten Beteiligungsgesellschaften, Zweckgesellschaften und dem ganzen Schattenbankbereich verbunden ist. Und natürlich dürfen die „kreativen Finanzinstrumente“, die sie geschaffen haben, nicht honoriert werden. Das Prinzip muß sein: Spekulanten werden bankrottiert, Menschen und nützliche Institutionen müssen gerettet werden.

Jeder Versuch, das vollkommen marode Euro-System aufrechtzuerhalten, etwa durch die Verbindung von EFSF und vorgezogenem ESM, der dann durch Hebelung der Einlagen praktisch unbegrenzte Liquidität zur Verfügung gestellt wird, kann angesichts der Staatsverschuldung, die ja nicht zuletzt durch diese Rettungspakete entstanden ist, und der Unhaltbarkeit

der ausstehenden Derivatkontrakte nur zur Hyperinflation führen. Im Unterschied zu Deutschland 1923 würde diese Hyperinflation allerdings die gesamte transatlantische Region und dann bald das gesamte Weltfinanzsystem betreffen. Da Hyperinflation die brutalste Form der Enteignung der Bevölkerung darstellt, würde in diesem Fall sehr viel mehr für alle verloren werden.

Die Regierung muß also durch den Austritt aus dem Euro und den EU-Verträgen die Souveränität über die eigene Währung und Wirtschaftspolitik wieder erlangen, und dann sofort über die Bundesbank als Nationalbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau ausreichend Kredite in DM an Industrie, Landwirtschaft, und Handel sowie für staatliche Verpflichtungen wie Renten, Gesundheitswesen usw. zur Verfügung stellen. Produktive Firmen, landwirtschaftliche Betriebe, Investitionen in die Steigerung der Produktivität der Realwirtschaft - diese Bereiche müssen alle mit ausreichenden DM-Krediten versorgt werden; alles Bereiche, in die man auch investieren würde, wenn es der Wirtschaft gut ginge. Wenn auf diese Weise eine produktive Vollbeschäftigung erreicht wird, wird der Mehrwert geschaffen, der den ursprünglich ausgegebenen Krediten entspricht, und deshalb ist diese Form der Kreditschöpfung auch nicht inflationär, im Gegensatz zur Liquiditätsschöpfung für die Rettung vergangener Spielschulden.

Wir müssen also nur dasselbe machen, was wir nach 1945 beim Wiederaufbau gemacht haben und womit wir so schnell das deutsche Wirtschaftswunder geschaffen haben. Anstatt die Menschheit in einen Dritten Weltkrieg zu stürzen, bei dem dann vielleicht kein menschliches Leben auf diesem Planeten übrig bliebe, brauchen wir eine Friedensordnung für das 21. Jahrhundert. Rußland und China sind entschlossen, ihre wirtschaftliche Entwicklung durch langfristige Investitionen im Hochtechnologiebereich voranzutreiben: bemannte Raumfahrt, vierte Generation der inhärent sicheren Kernenergie, Entwicklung der Rohstoffe in der Arktis und vor allem die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Für den Mittelstand Deutschlands und der anderen souveränen Nationen Europas liegen in diesem Bereich die natürlichen Märkte der Zukunft.

Deutschland muß mit der D-Mark und dem Trennbankensystem seine Souveränität wiedererlangen, und anstatt Geisel und Angriffsziel im Kontext der anglo-amerikanischen Kriegspolitik zu werden, ist es unser ureigenstes Interesse, die Welt gemeinsam mit Rußland, China und den anderen asiatischen Nationen aus dieser Depression herauszuführen. Das Schicksal der Menschheit steht auf dem Spiel.

Helga Zepp-LaRouche, 13. Januar 2012